

Auswirkungen des Brexits

Erfahrungen und Perspektiven der deutschen Wirtschaft
im Geschäft mit dem Vereinigten Königreich

Sonderauswertung der IHK-Unternehmensumfrage
Going International 2017

2017



Auswirkungen des Brexits auf deutsche Unternehmen

Zusammenfassung

Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wird nach Einschätzung der deutschen Unternehmen einen deutlichen Dämpfer für den Handel von Waren und Dienstleistungen mit sich bringen. Die Geschäftsperspektiven der Unternehmen, die mit dem Vereinigten Königreich verbunden sind, gehen aktuell deutlich zurück. Erwartete zusätzliche Kostenbelastungen durch Zölle und Steuern sowie eine zunehmende Bürokratie an der neuen Grenze Europas werden die Geschäfte auf beiden Seiten negativ beeinflussen. Wie groß dieser Effekt sein wird, hängt maßgeblich von den Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ab. Ungeachtet des konkreten Verhandlungsergebnisses plant schon heute jedes zehnte Unternehmen eine Verlagerung von Investitionen aufgrund des Brexits von Großbritannien vor allem nach Deutschland oder in andere Länder des EU-Binnenmarktes.

Ungewisse Zeiten

Erste Auswirkungen des Brexit-Votums sind schon jetzt zu beobachten: Die deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich sind im vergangenen Jahr um gut 3,5 Prozent zurückgegangen – insbesondere aufgrund eines Rückgangs im zweiten Halbjahr. Die britische Regierung plant aufgrund der negativen Auswirkungen für die Volkswirtschaft ein Freihandelsabkommen mit der EU abzuschließen, welches den Zugang zum Binnenmarkt erleichtern soll. Verhandlungen über solch ein Abkommen dauern erfahrungsgemäß mehrere Jahre. Die Unternehmen auf der britischen Insel, aber auch in Deutschland und Europa, werden damit lange im Ungewissen darüber sein, unter welchen Konditionen sie mit dem Vereinigten Königreich zukünftig handeln bzw. dort investieren können.

Wichtiger Handelspartner

Das Vereinigte Königreich ist Deutschlands fünftwichtigster Handelspartner. Das Handelsvolumen betrug 2016 einen Wert von 122 Milliarden Euro. Bei den Exporten ist das Land sogar der dritt wichtigste Exportmarkt für Deutschland mit Ausfuhren in Höhe von 86 Milliarden Euro im Jahr 2016. Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Handel mit dem Vereinigten Königreich ab. Deutsche Unternehmen haben bis heute Produktion und Betriebe in Großbritannien im Wert von 121 Milliarden Euro aufgebaut. Es gibt circa 2.500 Niederlassungen deutscher Firmen, die nahezu 400.000 Mitarbeiter beschäftigen. Britische Unternehmen haben in Deutschland 1.200 Niederlassungen und beschäftigen ca. 220.000 Mitarbeiter.

DHK-Umfrage Going International

Die bundesweite Umfrage „Going International 2017“ des DIHK ist mit Unterstützung von 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) erstellt worden. An der Online-Umfrage im Februar 2017 haben sich insgesamt 2.200 auslandsaktive Unternehmen mit Sitz in Deutschland beteiligt. Die Ergebnisse der vorliegenden Sonderauswertung zum Brexit basieren auf knapp 1.300 Antworten von Unternehmen, die mit dem Vereinigten Königreich geschäftlich in Verbindung stehen. Das sind 59 Prozent der befragten Unternehmen.

Einschätzungen der Unternehmen

Folgen des Brexits Mit den Verhandlungen zum Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union stehen in diesem Jahr wichtige Weichenstellungen für die international aktiven deutschen Unternehmen an. Bereits kurz nach dem Referendum zeigte sich eine deutliche Verunsicherung bei den Unternehmen.¹ Die Ergebnisse der DIHK Befragung „Going International“ zeigen, dass sich diese Verunsicherung in einem deutlichen Rückgang der Geschäftsperspektiven niederschlägt. Von den Unternehmen, die geschäftlich mit dem Vereinigten Königreich verbunden sind, hat ein Anteil von 90 Prozent einen Absatzmarkt auf der Insel. Knapp ein Viertel ist mit eigenen Niederlassungen in Form von Produktion oder Vertriebsstätten vor Ort aktiv. 22 Prozent nutzen das Vereinigte Königreich als Quelle für Importe.

| Form der Geschäftstätigkeit im Vereinigten Königreich (Anteil der Unternehmen) | |
|--|-----|
| Exporte von Waren oder Dienstleistungen in das Vereinigte Königreich | 90% |
| Mit einer Niederlassung/einem Büro im Vereinigten Königreich | 26% |
| Importe von Waren oder Dienstleistungen aus dem Vereinigten Königreich | 22% |

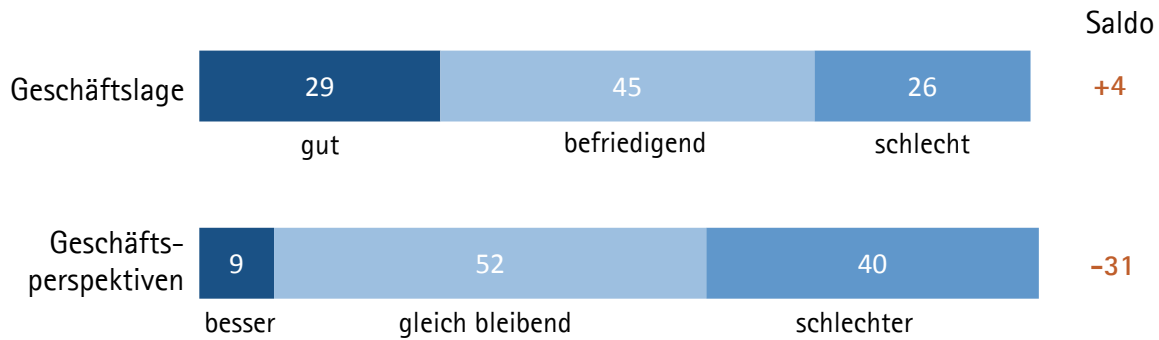
Pessimismus regiert

Mit Blick auf die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort sind die Unternehmen sehr zurückhaltend. Die aktuelle Geschäftslage wird mit einem Saldo von plus drei Punkten zwar noch halbwegs solide eingestuft, für die nächsten Monate erwarten die Betriebe jedoch deutlich schlechtere Geschäfte. Der Saldo erreicht hier einen Wert von minus 31 Punkten. Im Vergleich mit den in der Going International Umfrage betrachteten Weltregionen ist dies der schlechteste Wert. Mit der Abkehr vom Binnenmarkt sehen die Unternehmen für Großbritannien größere wirtschaftliche Schwierigkeiten eintreten. Bereits die letzten wirtschaftlichen Zahlen deuten auf eine Verlangsamung der britischen Wirtschaft hin. Das Wachstum ging 2016 auf 1,8 Prozent zurück, nach 2,2 Prozent im Vorjahr. Durch den Aufbau von Handelshemmnissen oder eine Verschlechterung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sehen die Betriebe jedenfalls ihre Geschäftspotenziale limitiert.

¹ DIHK Umfrage: Ersteinschätzung der Unternehmen in Deutschland zum Brexit, Juni 2016

Lage und Perspektiven deutscher Unternehmen im UK-Geschäft

In Prozent, Saldo in Punkten



Alle Unternehmen betroffen

Betrachtet man die Größenklassen, gibt es kaum Abweichungen zwischen den Einschätzungen der Unternehmen. Gerade die Betriebe mit einem Umsatz von 10-50 Mio. Euro pro Jahr schauen jedoch besonders negativ auf die Geschäftsentwicklung im Vereinigten Königreich. Im Vergleich sind jedoch die Unternehmen am pessimistischsten, die durch Importe mit Großbritannien verbunden sind (Saldo minus 35 Punkte). Diese sorgen sich um nachteilige Änderungen in der Lieferkette und eine zunehmende Zollbürokratie, die mit höheren Kosten verbunden ist. Exporteure sind knapp dahinter mit einem Saldo von minus 30 Punkten.

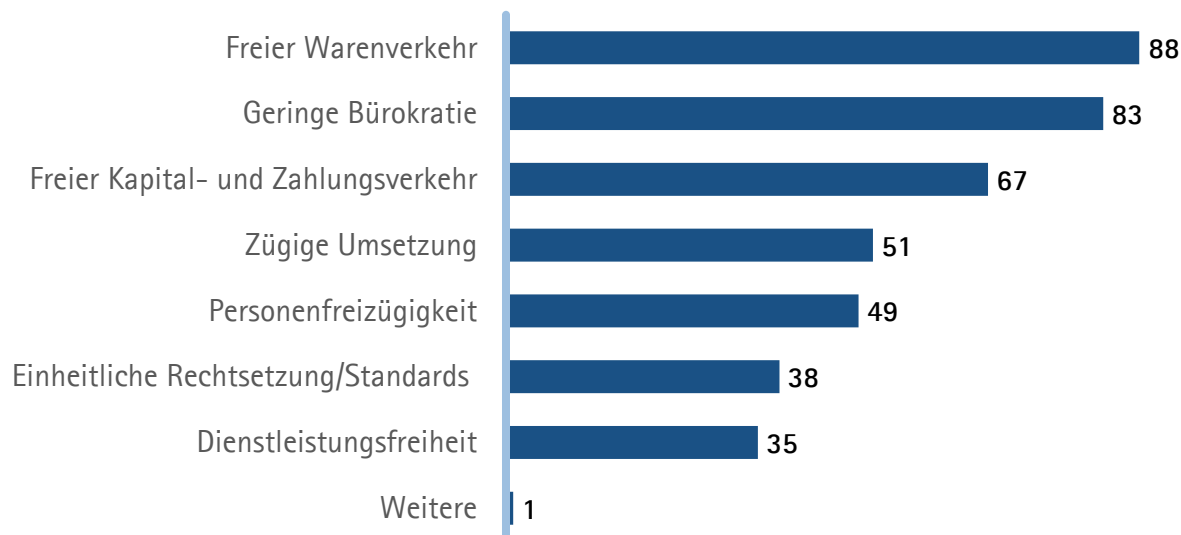
Prioritäten für die Brexit-Verhandlungen

Handelshemmnisse verhindern!

Ganz oben auf der Agenda der Unternehmen für die anstehenden Gespräche über den Brexit, beziehungsweise für die sich wahrscheinlich anschließenden Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien, stehen der Erhalt des freien Warenverkehrs und die Vermeidung zusätzlicher Zollbürokratie. 88 Prozent der Unternehmen sehen die Frage, dass keine Zölle und Importsteuern erhoben werden sollen, als wichtigstes Thema für die anstehenden Verhandlungen an. Dicht dahinter mit 83 Prozent steht die Herausforderung, dass die Zollbürokratie so gering wie möglich gehalten werden soll. Denn mit dem Austritt aus der EU werden Unternehmen voraussichtlich förmliche Zollanmeldungen bei der Ein- und Ausfuhr abgeben und zudem bei bestimmten Gütern Ausfuhrgenehmigungen beantragen müssen.

Prioritäten für die Brexit-Verhandlungen

Anteil der Unternehmen in Prozent



Bedeutende Grundfreiheiten des Binnenmarktes

Auf der Prioritätenskala der Unternehmen folgen bei jeweils etwa der Hälfte der Befragten die weitere Gewährleistung der Personenfreizügigkeit und eine zügige Umsetzung des Brexits, damit die bestehenden Unsicherheiten beseitigt werden. Als weitere Themen haben jeweils ein Drittel der Unternehmen den Erhalt der Dienstleistungsfreiheit und die Vermeidung von Unterschieden in der Rechtsetzung genannt. Gleichzeitig sind sich die Unternehmen jedoch bewusst, dass ein Ausstieg aus dem Binnenmarkt auch einen harten Einschnitt bedeutet. Eine Rosinen-Pickelei um Zugeständnisse würde den Binnenmarkt beschädigen. Dennoch sind die Anforderungen an die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien hoch. Zumal Großbritannien mit Exporten in Höhe von 86 Milliarden Euro der dritt wichtigste Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft ist. Die genannten Schwerpunkte zeigen jedoch, welche Aspekte aus Sicht der deutschen Wirtschaft von übergeordneter Bedeutung sind.

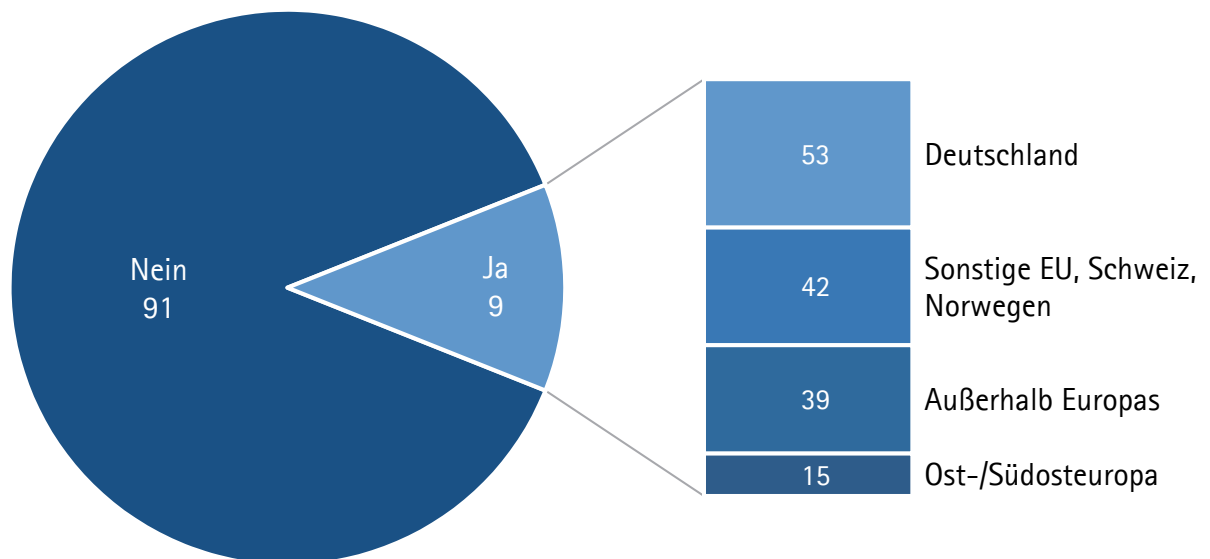
Investitionsverlagerungen

Verlagerung von Investitionen

Fast jedes zehnte Unternehmen, das Investitionen im Vereinigten Königreich hat, plant aufgrund des britischen EU-Austritts bereits heute eine Verlagerung auf andere Märkte - obwohl die Austrittskonditionen noch nicht bekannt sind. Das zeigt die große Verunsicherung der deutschen Wirtschaft vor Ort. Kurzfristig könnte das aktuell geschwächte Pfund einen Investitionsrückgang zumindest teilweise kompensieren. Außerdem kann mit Investitionen in Produktionsstätten vor Ort das Risiko durch langfristig drohende Hürden für Exporte aus Deutschland reduziert werden.² Längerfristig erscheint ein stärkerer Rückgang deutscher Engagements aus dem Vereinigten Königreich aber sehr wahrscheinlich.

Verlagerung von UK-Investitionen auf andere Märkte

Anteil der Unternehmen in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)



² DIHK-Umfrage – Auslandsinvestitionen in der Industrie, Frühjahr 2017

Verlagerung nach Deutschland und die EU

Die Unternehmen, die aufgrund des Brexits eine Verlagerung ihrer Investitionen planen, haben mehrere Optionen für zukünftige Zielregionen. Etwa über die Hälfte sieht eine Umlenkung der Investitionen in Richtung Deutschland vor. Der deutsche Wirtschaftsstandort könnte also von den Investitionsverlagerungen profitieren und somit die insgesamt negativen Auswirkungen des Brexits zumindest etwas abschwächen. Aber auch andere Länder der EU werden profitieren. Unternehmen versuchen so, die Vorteile des Binnenmarktes zu erhalten. Immerhin 39 Prozent sehen eine Verlagerung außerhalb Europas als eine Option an. Darunter auch diejenigen Länder Ost- und Südosteuropas, die zwar nicht Mitglied der EU sind, aber andere Standortvorteile wie zum Beispiel geringere Löhne aufweisen.

| | |
|-------------|---|
| Copyright | Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. |
| Herausgeber | © DIHK Deutscher Industrie und Handelskammertag e. V. Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 10178 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 3081000 Internet: www.dihk.de Facebook: www.facebook.com/DIHKBerlin Twitter: twitter.com/DIHK_News |
| Redaktion | Bereich Außenwirtschaftspolitik- und recht Dr. Ilja Nothnagel, Kevin Heidenreich |
| Layout | Marina Winnemund |
| Stand | März 2017 |